Bilanz der Deutschen Ratspräsidentschaft

Die bisherige Bilanz der Deutschen Ratspräsidentschaft fällt sehr gut aus. Sie hat politische Erfolge möglich gemacht, aber auch eine vorher kaum gekannte Aufmerksamkeit für europäische Themen in der Öffentlichkeit in Deutschland geschaffen. Dies ist wichtig für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Die beiden Motti der EU („In Vielfalt geeint“) zum Einen und der Deutschen Ratspräsidentschaft („Europa gelingt Gemeinsam!“) zum Anderen ergänzen sich hervorragend. Sie zeigen deutlich, dass gemeinsame Werte und Interessen die Basis der europäischen Einigung sind. Besonders deutlich wurde dies auch im Rahmen der Feiern zum 50-jährigen Jubiläum der Unterschriften unter die Römischen Verträge am 25. März 2007. Europa hat der Welt gezeigt, dass gemeinsames Feiern in Freundschaft 60 Jahre nach dem 2. Weltkrieg möglich ist. Dieses Beispiel macht Mut für die Bekämpfung von Gewalt und Terror in anderen Krisenregionen der Welt. Aber es wurde nicht nur gefeiert. Mit der Berliner Erklärung wurde ein wichtiges politisches Statement für Europa abgegeben. Die Einigung auf diesen Text war nur durch das diplomatische Geschick von Bundeskanzlerin Angela Merkel möglich. Die Berliner Erklärung blickt zurück und lobt die bisherige Erfolgsgeschichte der EU. Sie leistet eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation und wagt – unter Nennung der Herausforderungen, vor denen wir stehen – einen Ausblick in die Zukunft. Damit wird diese Erklärung zum Beweis dafür, dass bei allen 27 Mitgliedstaaten die gemeinsame Wertegrundlage für eine Zusammenarbeit in der Zukunft vorhanden ist.

Neben diesen zentralen Aussagen zum Bestand und zur Zukunft der EU gab es auf Initiative der Bundesregierung auch schon viele konkrete Einigungen in wichtigen Politikbereichen:

Erstmals in der Geschichte der EU einigten sich die Mitgliedstaaten auf verbindliche Ziele für die Reduzierung der CO_2-Emissionen in Europa (20 % weniger bis 2020). Ebenfalls erstmals in der Geschichte der EU gibt es nun verbindliche Vorgaben für den Einsatz Erneuerbarer Energien (mind. 20 % bis 2020). Über diese konkreten politischen Einigungen hinaus erreichen die Maßnahmen, dass ein Bewusstsein für Verantwortung bei der Klimapolitik in der breiten Bevölkerung geschaffen wurde!

Außerdem konnte die Deutsche Ratspräsidentschaft anstoßen, dass bis 2012 die Verwaltungslasten für Unternehmen um 25 % gesenkt werden sollen. Unter ihrer Anleitung wurde vereinbart, dass die hohen Roaming-Kosten für Handygespräche Ausland noch in diesem Jahr von teilweise über 3 Euro auf 49 Cent (bis 2009: 43 Cent) gesenkt werden. Zudem wurden eine noch stärkere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität sowie ein gemeinsames und konsequentes Vorgehen gegen Doping vereinbart und die Fördergelder für den europäischen Umweltschutz deutlich auf 1,9 Milliarden Euro bis 2013 erhöht. International hat die Deutsche Ratspräsidentschaft Europa durch eine gemeinsame Haltung gegen das iranische Atomprogramm, durch die Vereinbarung zur stufenweisen Verringerung der Militärpräsenz in Bosnien-Herzegowina und durch die nachhaltigen Forderungen nach einem Ende des Völkermords im Sudan zu Anerkennung und Respekt verholfen. Auch die – lange für nicht möglich gehaltene – Einigung über gemeinsame Strafvorschriften für Straftaten mit rassistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund zählt zu den großen Erfolgen der Bundesregierung. Diese Fülle der Themen zeigt die Bandbreite der europäischen Politik und die Bandbreite des deutschen Erfolgs in der Ratspräsidentschaft. Die Ratspräsidentschaft ist bis heute ein voller Erfolg und es besteht kein Zweifel, dass dieser erfolgreiche Weg bis zum Ende weitergeht.

Übersicht über konkrete Ergebnisse der Ratspräsidentschaft (Auswahl)

- **Gipfel der Staats- und Regierungschefs – Energie- und Klimapolitik:**
- Erstmals in der Geschichte der EU verbindliche Ziele für die Reduzierung der CO2-Emissionen in Europa: minus 20 %
- Erstmals in der Geschichte der EU verbindliche Vorgaben für den Einsatz Erneuerbarer Energien: auf 20 % des Energieverbrauchs
- Über konkrete politische Einigungen hinaus: Bewusstsein für Verantwortung bei der Klimapolitik in der breiten Bevölkerung geschaffen!

- **Gipfel der Staats- und Regierungschefs – Bürokratieabbau:**
- Reduzierung der Verwaltungslasten von Unternehmen um 25 % bis 2012.
- Durch diese Einsparungen ist mittelfristig Anstieg des BIP in der EU um ca. 1,4 % (150 Mrd. €) möglich.
- Dazu Mitarbeit der Mitgliedstaaten notwendig.
- Mitgliedstaaten sollen nationale Ziele zur Reduzierung der Verwaltungslasten spätestens bis Ende 2008 festlegen.
- EU beginnt noch 2007 mit Analyse der Verwaltungskosten auf allen politischen Ebenen, begleitet durch Sofortmaßnahmen zur Reduzierung.
- Vorrangige Bereiche: Gesellschaftsrecht, Arzneimittelrecht, Beschäftigungsverhältnisse, Steuerrecht, Statistik, Landwirtschaft/Agrarsubventionen, Lebensmittelsicherheit, Verkehr, Fischerei, Finanzdienstleistungen, Umwelt, Kohäsionspolitik, Öffentliches Auftragswesen

- **Verbraucherschutz:**
- Einigung über die Senkung der hohen Roaming-Kosten.

- **Innenpolitik:**
- Verbesserung der europaweiten Zusammenarbeit im Kampf gegen organisierte Kriminalität und internationalen Terrorismus
- Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur zur Bekämpfung von illegaler Einwanderung in die EU.
- Verbesserung im Kampf gegen Doping durch eine verstärkte Zusammenarbeit der nationalen Anti-Doping-Agenturen.

- **Umweltpolitik:**
- Einigung über die Höhe der Fördergelder für den Umweltschutz (LIFE+): 1,9 Milliarden Euro bis 2013.

- **Außenpolitik:**
- Klare Aussagen zu internationalen Themen.
- Bekräftigung der gemeinsamen Haltung gegen ein iranisches Atomprogramm.
- Vereinbarung zur stufenweisen Verringerung der Militärpräsenz in Bosnien-Herzegowina.
- Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in der Krisenregion Darfur.

- **Justiz:**
- Einigung über gemeinsame Strafvorschriften für Straftaten mit rassistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund.
- Verbesserung des Aktionärsschutzes von börsennotierten Unternehmen ⇒ gut für Kleinanleger.
- Einrichtung der EU-Menschenrechtsagentur.

Erwartungen an den Europäischen Rat im Juni

Die EU ist ein Erfolgsprojekt und blickt auf eine einzigartige Erfolgsgeschichte zurück. Und unsere Aufgabe ist es, diese Entwicklung weiterzuführen. Dazu gehört eine Reform der europäischen Institutionen, damit die EU auch in Zukunft handlungsfähig bleibt. Die Verfassung sollte diesen wichtigen – in den vergangenen Wochen immer wieder als historisch bezeichneten – Schritt vollziehen. Aber – und auch das wissen wir alle – die negativen Referenden in zwei Mitgliedstaaten haben den Prozess zum erliegen gebracht, obwohl 18 andere EU-Staaten die Verfassung bereits ratifiziert haben. Alle Augen richten sich nun auf den Europäischen Rat in der kommenden Woche. Die Bundesregierung hat den Auftrag, einen Fahrplan für den weiteren Prozess zur Reform der EU zu erarbeiten. Mit der Berliner Erklärung konnte bereits der Zeitrahmen – nämlich bis 2009 – festgelegt werden. Angela Merkel hat in der letzten Woche im Deutschen Bundestag erklärt, dass viele Probleme und Herausforderungen bereits gemeistert seien. Eine überschaubare Anzahl allerdings sehr schwieriger Kernprobleme sei aber noch geblieben. Darüber muss der Rat sich einigen. Erfreulich ist, dass der polnische Staatspräsident sein Einlenken angekündigt hat und von seiner Blockadehaltung abgerückt ist. Einige Punkte stehen bereits fest, die ich kurz nennen möchte: Die wesentlichen Inhalte des Verfassungsvertrags werden in einen Reformvertrag überführt, der – ähnlich wie die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza – kein neues Vertragswerk schaffen wird, sondern die heutige Substanz des EG-Vertrags abändert. Auf staatsähnliche Bezeichnungen und Symbole wird verzichtet, um deutlich zu machen, dass kein europäischer Superstaat angestrebt wird.
Ein Scheitern der Verhandlungen über den Fahrplan wird nicht das Ende der EU bedeuten, aber es würde die vertrauensvolle Zusammenarbeit in Europa für viele Jahre schädigen und belasten. Alle Akteure wollen den Erfolg und setzen sich dafür ein. Insgesamt ist und bleibt es unser aller Aufgabe, Europa und seine Verdienste bewusst wahrzunehmen und dies weiterzugeben.